Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinde[illegible], Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannsch[illegible] Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 68 — Dienstag, den 5. Juni 1928 — 39. Jahrgang

Wohin geht der Kurs?

Irgendwelche Klarheit über das Aussehen der kommenden Reichsregierung haben die politischen Besprechungen der vergangenen Woche nicht gebracht, ebensowenig wie bisher ein Eingreifen des Reichspräsidenten fühlbar wurde. Ausdrücklich aber wurde dementiert, daß Reichstagspräsident Löbe bei seinem Vortrag über den Wahlausgang dem Reichspräsidenten die Große Koalition empfohlen habe, vielmehr scheint die Sozialdemokratie auf eine Art erweiterter Koalition à la Weimar hinzusteuern. Also ohne die Deutsche Volkspartei, übrigens auch deswegen, weil man deren Zuziehung zur gegenwärtigen Preußenkoalition offenbar ablehnt.

Wenn vorläufig ein offizieller Auftrag des Reichspräsidenten an einen Führer der jetzt stärksten Reichstagsfraktion, also der sozialdemokratischen, bisher nicht ergangen ist, so geschah dies deshalb, weil erst die Beratung des sozialdemokratischen Parteiausschusses am 6. Juni in Köln abgewartet werden soll. Alle anderen Parteien stehen nämlich sozusagen mit Gewehr bei Fuß, hüten vorsichtig ihre amtliche Zunge. Bemerkenswerterweise ist ja auch der Parteiausschuß des Zentrums ohne jede diesbezügliche Meinungsäußerung wieder auseinandergegangen, obwohl zweifellos über die Gestaltung der nächsten politischen Zukunft gesprochen worden ist und nicht bloß über Organisationsfragen. Man schreibt hinterher nun auch dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ziemlich unwidersprochen Rücksichtsabsichten zu; da auch Dr. Marx kaum in das neue Kabinett hineinkommen wird, so deutet das alles darauf hin, daß das Zentrum sich in der künftigen Regierung stärker als bisher „zurückhalten" wird, wie dies ja in seinen eigenen Reihen schon oft empfohlen wurde, denn sicherlich werden sich die Sozialdemokraten das überaus wichtige Reichsfinanzministerium nicht entgehen lassen, ebenso sollen sie Anspruch auf das Justizministerium erheben, vom Innenministerium ganz zu schweigen.

Innerhalb der Sozialdemokratie ist ja die Stimmung gegen die Bildung der Großen Koalition vorläufig noch sehr stark, obwohl die parteiamtlichen Kreise und ihr Organ, der „Vorwärts", sehr eifrig dafür werben, sie zum mindesten nicht unbedingt ablehnen. Diese Koalitionspolitik sei ein notwendiges Entwicklungsstadium im Kampf um die Erringung der alleinigen Macht für die Arbeiterklasse; vorläufig müsse man eben deshalb mit den bürgerlichen Parteien paktieren, bis man im Parlament die Mehrheit habe. Trotzdem mag man jedenfalls gewisse Bedenken haben, gleichzeitig im Reich und in Preußen den Vorsitz in der Regierung zu führen, weil „unpopuläre" Aufgaben in nächster Zukunft gelöst werden müssen: Eisenbahntariferhöhung und Ausgleich der neuen Lasten, die ab 1. September durch Beginn des „Normal"jahres der Dawes-Verpflichtungen auferlegt werden. Die jetzt noch am Ruder befindliche Reichsregierung jedenfalls lehnt es ab, in die Tariferhöhung zu willigen — bloß ist damit die Aktion noch nicht erledigt! Infolgedessen würde die Sozialdemokratie zweifellos sehr gern auch andere Parteien an der Verantwortung hierfür mittragen lassen; etwa selbst und allein die Regierung zu übernehmen, wie dies die englische Arbeiterpartei unter Macdonald in einer ähnlichen parlamentarischen Situation tat, wird man gerade im Hinblick auf das dortige Beispiel nicht riskieren; denn bei den darauffolgenden Neuwahlen in England schlug der Pendel der Volksmeinung ganz gewaltig nach — rechts aus! Politisch reizvoll, politisch aber auch klärend wäre ein solches Experiment auch in Deutschland zweifellos, für die in Frage kommende Partei allerdings auch sehr gefährlich. Die Schwierigkeiten der neuen Regierungsbildung zu umschiffen, versucht aber ein anderer von sozialdemokratischer Seite immer stärker propagierter Vorschlag: es käme nicht darauf an, weitschweifige Erklärungen zu formulieren, die zwischen den Parteien vereinbart werden, sondern erst einmal die Tätigkeit des neuen Kabinetts abzuwarten. Also keine Regierungserklärung, keine Darlegung dessen, was die neue Regierung zu tun gedenke auf den verschiedenen Gebieten der Politik — ob das die anderen Parteien schon wegen des Eindrucks nach außen hin mitmachen werden? Wenn man sich innerhalb des neuen Kabinetts einigermaßen einig ist darüber, was man tun und wie man handeln will, so hat doch schließlich auch das deutsche Volk das Recht, darüber einiges zu erfahren und nicht alles in den wohlverschlossenen Fraktionszimmern des Reichstages verheimlicht zu sehen. Man will doch schließlich wissen, welcher Kurs „angelegt" ist und wohin die Reise geht.

Nobile auf Franz-Joseph-Land?

Berlin. Wie ein amtlicher russischer Funkspruch aus Moskau meldet, hat laut Mitteilung des Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde der Luftfahrt, Unschlicht, die russische Funkstation in Wosnessenie am Onegaser S.-O.-S.-Rufe Nobiles von der „Italia" aus Franz-Joseph-Land aufgefangen. Die Mitteilung über den Aufenthaltsort Nobiles wäre jedoch nicht zu entziffern gewesen, da die Empfänger die Sprache der Sendenden nicht völlig verstanden hätten. Der Funkspruch sei auch von einer Reihe von Radioamateuren aufgefangen worden.

Beim Brand des eigenen Anwesens umgekommen.

Stade. In Steinau (Kreis Hadeln) brannten Wohnhaus und Scheune des Stellenbesitzers Dieckmann nieder. Dieckmann ist selbst in den Flammen umgekommen.

Jubiläumstagung in Genf

Die 50. Völkerbundratssitzung.

Telegramme an Stresemann und Briand.

Der Völkerbundrat ist unter dem Vorsitz des Berliner Gesandten der Kubanischen Republik, Aguero Bethancourt, der turnusmäßig während der nächsten drei Monate die Funktionen des Ratspräsidenten ausüben wird, zu seiner 50. Tagung zusammengetreten. Deutschland und Frankreich sind diesmal durch Staatssekretär v. Schubert und Paul-Boncour vertreten, während für England wieder Sir Austen Chamberlain erschienen ist. Anwesend sind u. a. auch der polnische Außenminister Zaleski und der litauische Ministerpräsident Woldemaras.

Die Tagung wurde, wie üblich, mit einer nichtöffentlichen Sitzung zur Genehmigung der Tagesordnung und Regelung einiger Verwaltungsfragen eröffnet. In dieser vertraulichen Sitzung beschloß der Völkerbundrat auf Antrag Scialojas, an Dr. Stresemann und Briand Telegramme abzusenden, in denen das Bedauern der Ratsmitglieder über die Abwesenheit der beiden Staatsmänner und zugleich die lebhafte Genugtuung über ihre Wiederherstellung von langer Krankheit zum Ausdruck gebracht wird. Die anschließende

öffentliche Sitzung

wurde von dem neuen Ratspräsidenten mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Der Präsident gab u. a. der Zuversicht Ausdruck, daß der Vertreter Spaniens bald wieder im Rat mitwirken werde. Spanien und seine Regierung hätten durch Wiederaufnahme ihrer Mitarbeit im Völkerbund der Welt ihre unerschütterliche Treue zu dem Ideal des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit bewiesen. Es wurden sodann die Berichte über Kinderschutz und über die Tätigkeit des Hygieneausschusses genehmigt. Der Hygienebericht verzeichnet ein erstmaliges praktisches Eingreifen zugunsten tuberkulöser griechischer Flüchtlinge und ferner die Mitarbeit der Hygieneabteilung des Völkerbundes bei der Hilfsorganisation zugunsten der von dem Erdbeben betroffenen Bulgaren.

Die Hauptfragen der neuen Ratstagung

sind die Beilegung des Zwischenfalls von Szent Gotthard, der ungarisch-rumänische Optantenstreit, der polnisch-litauische Konflikt und die schwebenden Minderheitsklagen, besonders die Klagen wegen der Behandlung der deutschen Minderheitsschulen in Polnisch-Oberschlesien.

Zugleich mit der Ratstagung begann eine Konferenz der Juristen der vier Großmächte England, Deutschland, Frankreich und Italien, auf der Kelloggs Paktvorschläge vom juristisch-technischen Standpunkt aus geprüft werden sollen.

Der Streit um Wilna.

Die Veröffentlichung der erneuerten litauischen Verfassung, in der Wilna als die Hauptstadt Litauens proklamiert wird, hat den polnischen Außenminister Zaleski veranlaßt, an den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras eine Note zu richten, in der die polnische Regierung

in scharfer Weise Protest erhebt gegen diese „inhaltlose, jeglicher rechtlicher Bedeutung und praktischer Folgerung bare Demonstration". Zaleski erklärt, daß Polens mehrfach bestätigte Rechte auf das Wilnaer Gebiet durch den einseitigen Akt der litauischen Regierung nicht im geringsten beeinträchtigt werden können. Außerdem aber stehe die litauische Veröffentlichung sowohl mit dem Geiste als auch mit dem Wortlaut des Völkerbundpaktes, besonders mit dessen Litauen und Polen bindenden Bestimmungen in Widerspruch.

Eine Abschrift dieser polnischen Protestnote an Litauen ist von der polnischen Delegation in Genf dem neuen Ratspräsidenten mit der Bitte um Weiterleitung an die Ratsmitglieder zugestellt worden. Es wird behauptet, daß Chamberlain die Wilnafrage im Sinne eines Kompromißvorschlages des Belgiers Hymans aus dem Jahre 1922 gelöst sehen möchte. Hymans schlug damals die Schaffung eines autonomen Wilnagebietes, in dem Polen wie Litauen Hoheitsrechte ausüben sollten, und für das ein eigenes Parlament geschaffen werden sollte, vor. Man glaubt, daß Polen einer solchen Lösung nicht ganz abgeneigt sein würde.

Der Stahlhelmtag in Hamburg.

138 000 Teilnehmer.

Die Stahlhelmkundgebung in Hamburg schloß mit einem Vorbeimarsch der 138 000 Stahlhelmer, die nach der Hansestadt zu der Kundgebung gekommen waren. Vorher nahm noch einmal Bundesführer Seldte das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, daß mit der Hamburger Kundgebung der Welt bewiesen sei, daß der alte deutsche Kameradschaftsgeist noch

Die Bundesführer während des Gottesdienstes. Im Vordergrund von links nach rechts: Seldte (1. Bundesführer), Düsterberg (2. Bundesführer), Tüllmann (Führer des Landesverbandes Nordmark).

lebe. Mit den Worten „Für die Freiheit im Staat, in der Welt, in der Arbeit und in der deutschen Seele" schloß die Ansprache. Alsdann wurde von dem Bundesführer noch einmal die Hamburger Stahlhelmbotschaft verlesen. Auch der zweite Bundesführer, Düsterberg, wies noch einmal auf die neue Stahlhelmbotschaft hin, hinter der Hunderttausende ehemaliger Soldaten ständen.

Zu der Stahlhelmkundgebung waren u. a. in Hamburg eingetroffen: Reichsminister v. Keudell, Graf Westarp, die Admirale von Karpf und Pohl, General von Watter, Forstrat Eschericb, die Prinzen Oskar, Eitel Friedrich und August Wilhelm von Preußen sowie der älteste Sohn des früheren Kronprinzen und der frühere Herzog von Sachsen-Koburg.

Die Botschaft des Stahlhelms.

Mit einer machtvollen Kundgebung leitete der Stahlhelm sein diesjähriges großes Treffen in Hamburg ein. 100 000 Frontsoldaten marschierten in Hamburg auf, zu gleicher Zeit fanden außerdem Kundgebungen in Ostpreußen und in Schlesien statt. In seiner Programmrede betonte Bundesführer Seldte, daß die nichtsozialistischen Parteien eine schwere

Niederlage erlitten haben. In dieser schicksalsschweren Stunde, so fuhr Seldte aus,

erwartet das deutsche Volk, die Stimme des Stahlhelms zu hören,

der der Vorkämpfer der deutschen Freiheitsbewegung sein will. Der Stahlhelm erklärt, daß die Parteien, die den Kampf für die deutsche Freiheit und gegen den „internationalen Marxismus verkünden, aber sich als unfähig erwiesen, diesen Kampf siegreich durchzuführen, abtreten sollen.

Der Stahlhelm ist sich seiner Verantwortung bewußt, wenn an ihn der Ruf ergeht, das Geschick Deutschlands entscheidend zu bestimmen.

Was der Stahlhelm will, ist das Gegenteil des Denkens der marxistischen und bolschewistischen Revolutionslehre. Es ist das Gegenteil demokratisch-pazifistischer Einstellung. Es ist das Gegenteil der resignierten Lebenseinstellung und der nur auf Verdienst gerichteten Geschäftsauffassung des Händlers.

Oberstleutnant Düsterberg verlas nach der Rede Seldtes, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, die zweite Botschaft des Stahlhelms, die eine Ergänzung seiner Berliner Botschaft darstellt. Es heißt darin:

„Wir kennen den Krieg und wünschen darum den Frieden, den aber nur der Wille und die Kraft zur Verteidigung erhalten können. Nur Gleichberechtigung in der Wehrstärke aller Nationen sichert den Frieden.

Nachdrücklicher Widerruf der Kriegsschuldlüge wird erneut gefordert.

Wir lehnen den Völkerbund ab,

solange er ein Machtmittel der bis an die Zähne gerüsteten Siegerstaaten bleibt. Wir erkennen den Raub der deutschen Heimat- und der Kolonialgebiete nicht an, desgleichen nicht die Reparationen, die zu einer mit wirtschaftlichen und militärischen Zwangsmitteln erpreßten Kriegsentschädigung geworden sind. In der Erkenntnis, daß der Bolschewismus insbesondere den Grundsatz des Privateigentums bedroht, verteidigen wir auch das kleinste Privateigentum als Grundlage jeder Kultur. Alle Arbeitnehmer sind arbeitsrechtlich gleichzustellen. An Stelle gleichmachender Lohnpolitik trete Bewertung der Leistung. Aber all unsere Arbeit wird umsonst sein, so schließt die Botschaft, wenn wir nicht die Erneuerung der deutschen Seele und des deutschen Menschen erstreben."

Der ostpreußische Stahlhelmtag.

Die Paralleltagung zum Hamburger Treffen des Stahlhelms in Königsberg wurde durch einen Empfang der Führer des Stahlhelms und der Pressevertreter eröffnet. Graf Eulenburg, der Führer des ostpreußischen Stahlhelms, begrüßte die Vertreter der Presse und sprach über die Ziele des Stahlhelms, wobei er betonte, daß dieser heute an der Politik nicht mehr vorübergehen könne. Im übrigen sei sein Ziel die Zusammenfassung der schwarz-weiß-roten Verbände. Landtagsabgeordneter von Plehwe und Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Preyer betonten ihre Bestrebungen, zwischen den Parteien zu vermitteln und im Sinne des Stahlhelms zu arbeiten. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte, daß ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten in der Großen Koalition keinesfalls ein Bekenntnis zum Marxismus sei.

Reisegedanken

Ist der Juni mit seinen Rosen, wogenden Getreidefeldern und seinem frischen Waldeszauber gekommen, dann will es uns zwischen den dumpfen Mauern nicht mehr recht behagen, und durch die Seele des Menschen